

Syrien steht vor neuen Bedrohungen

Louay Hussein: Die Europäer sollten in Bezug auf uns nicht ihre eigenen demokratischen Prinzipien verraten

Louay Hussein gehörte früher einer kommunistischen Partei an, wurde als Student verhaftet und verbrachte sieben Jahre im Gefängnis. Im Juli 2011 gehörte er zu den Organisatoren einer großen Konferenz von Oppositionellen in Damaskus. Er gründete die Bewegung »Den Syrischen Staat aufbauen«, die heute in verschiedenen Teilen des Landes aktiv ist.

● *Die Waffen sprechen, die Gewalt nimmt zu, sehen Sie noch eine politische Lösung?*

Beide Seiten versuchen, militärisch so viel Boden wie möglich zu erobern. Da es derzeit keine politische Lösung, keinen Kompromiss oder Gespräche gibt, wollen sie für sich sichern, was sie bei möglichen späteren Verhandlungen in die Waagschale werfen können. Ich sehe keine integrierte Komplettlösung, um unseren Konflikt zu beenden. Die Lage ist sehr komplex. Ich sehe verschiedene Ansätze und Wege, die auf eine Art Kompromiss zustreben.

● *Hat Ihre Bewegung einen Vorschlag, um den Konflikt zu lösen?*

Wir haben tatsächlich zwei Aktionspläne vorgelegt, was nicht öffentlich gemacht wurde. Ein Plan konzentrierte sich auf einen Waffenstillstand zwischen den kämpfenden Parteien; der zweite darauf, den Kampf im ganzen Land zu beenden. Wir haben Kopien dieser zwei Aktionspläne an alle Beteiligten gegeben, auch das wurde nicht bekannt gemacht. Die Mission von UN-Vermittler Kofi Annan erhielt Kopien, ebenso die EU, die Russen und die anderen internationalen Akteure. Unser Plan beinhaltete lokale Waffenstillstände, also in bestimmten Gebieten und nicht landesweit. Dafür haben wir uns in den letzten Wochen sehr eingesetzt. Und er soll umgesetzt werden.

Das haben Herr Annan und die syrische Regierung beschlossen.

Politisch versuchen wir, eine Grundlage zu schaffen, auf der eine Lösung aufgebaut werden kann. Es gibt eine Fülle internationaler Akteure, die unsere ursprünglich innersyrische Krise beeinflussen. Mit der syrischen Führung ist keine Lösung zu finden, wenn nicht die Meinung der Russen, der Amerikaner und einiger regionaler Staaten einbezogen wird. Der Schlüssel zur Lösung ist nicht mehr in



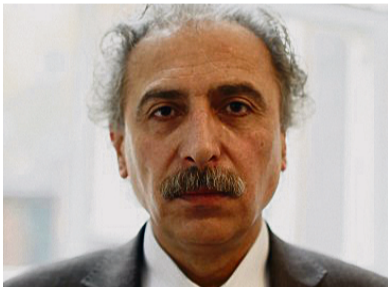
Syrische Soldaten am Freitag in Damaskus, nachdem die Rebellen Gruppen aus diesem Teil der Stadt vertrieben wurden

Foto: dpa

der Hand der verschiedenen Akteure in Syrien.

● *Der Syrische Nationalrat stellt als Bedingung den Rücktritt von Präsident Baschar al-Assad. Tun Sie das auch?*

Was wir in den letzten Monaten in Syrien gesehen haben ist, dass es neue Bedrohungen gibt, die mindestens ebenso gefährlich sind, als



Louay Hussein

Mit dem Schriftsteller sprach in Damaskus Karin Leukefeld. Foto: AFP/Tallis

wenn das Regime an der Macht bliebe – ein Bürgerkrieg und die Gefahr einer Invasion, die letztlich den Syrern ihre Selbstbestimmung rauben würde. Sie (die Auslandsopposition – K.L.) sollte ihren Plan umfassender gestalten und sich nicht am Sturz des Regimes festbeißen. Es gibt andere Aspekte, die einbezogen werden müssen.

● *Es ist fast auf den Tag ein Jahr her, dass die historische Konferenz der syrischen Opposition im Semiramis-Hotel hier in Damaskus stattfand. Würden Sie sagen, dass sie ein Erfolg war? Oder hat die Opposition ihre Chance nicht genutzt?*

Das Treffen war sicherlich ein Erfolg. Vier Jahrzehnte lang war der syrischen Opposition eine öffentliche Konferenz in Damaskus nicht möglich gewesen. Aber die Opposition hat so viele Fehler gemacht, ich werde sie jetzt nicht alle aufzählen. Als Mitglied der Opposition bin ich überzeugt, dass wir alle mitverantwortlich dafür sind, dass sich die Lage im Land so sehr verschlechtert hat. Wir sind mitverantwortlich für die Militarisierung und für die Gewalt, die sich über das ganze Land ausbreitet.

● *Eine harte Kritik.*

Wir müssen zugeben, dass wir alle, die gesamte Opposition, versagt haben. Es ist uns nicht gelungen, den politischen Kampf friedlich zu halten, was er am Anfang war. Es ist uns nicht gelungen, Gewalt und Militarisierung zu verhindern. Ich

rede über uns, nicht über das Regime.

● *Könnten die EU oder die deutsche Regierung eine andere Aufgabe übernehmen, als das, was sie im Moment tun?*

Auf jeden Fall. Die EU als Ganzes und einige Staaten insbesondere, haben zur Eskalation hier beigetragen. Sie haben das, was hier geschieht, auf eine Ebene jenseits der politischen Auseinandersetzung gehoben, so wurde das Geschehen militarisiert und gewalttätig. Sie müssen ihr Verhalten ändern, insbesondere auf der diplomatischen Ebene, politisch, medial. Es geht hier um eine demokratische Veränderung in Syrien, also sollten sie ihre demokratischen Prinzipien nicht verraten. Und sie sollten das Geschehen nicht in eine Konfrontation mit Assad persönlich oder dem Regime umwandeln. Es geht hier um eine integrierte, demokratische Herangehensweise.

● *Was werfen Sie der EU vor?*

Es gibt Berichte, dass europäische Staaten und die USA die Opposi-

tion mit Waffen ausrüsten und sie ausbilden. Sie haben nicht einmal die Erklärung der Golfstaaten verurteilt, die ganz offen der »Freien Syrischen Armee« Waffen liefern. Und sie sollen die ökonomischen Sanktionen gegen unser Land einstellen. Sie richten einen kollektiven Schaden an, alle Syrer sind wirtschaftlich erschöpft. Wenn sie Sanktionen verhängen, sollen sie diese gegen Einzelpersonen aus dem Regime verhängen, nicht gegen das syrische Volk.

Ich sprach kürzlich mit einem Offiziellen der EU in Brüssel über das Kochgas. Er sagte, man erlaube einigen Firmen, Kochgas nach Syrien zu exportieren. Das ist unwahr, denn keine Firma wagt es, Kochgas nach Syrien zu liefern, aus Angst, von den USA mit finanziellen Sanktionen dafür bestraft zu werden. Mir ist das egal. Ich will Kochgas in meiner Küche, damit ich für mich und meine Familie Essen kochen kann. So einfach ist das. Und wenn sie den Syrern helfen wollen, sollen sie ihre Botschafter zurückschicken. Sie sollten sich nicht in diesen persönlichen Konflikt mit Assad als Person verwickeln, sondern dem syrischen Volk helfen.

Nachrichten

Bahr will harte Regeln für Transplantationen

München (AFP/nd). Ungeachtet des jüngsten Organspende-Skandals wirbt Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr (FDP) für die Organspende. Nach den bisherigen Erkenntnissen handele es sich bei dem Skandal an der Göttinger Universitätsklinik um einen Einzelfall in Deutschland, sagte Bahr am Montag im Bayerischen Rundfunk. Deswegen könne er »guten Gewissens« weiter an die Bevölkerung appellieren, einen Spenderausweis auszufüllen. Zugleich forderte Bahr erneut Konsequenzen für die Betroffenen und für die Verfahrensregeln. Manipulationen der Warteliste dürften nicht akzeptiert werden, so Bahr. »Wir brauchen harte Regeln.« An der Universitätsklinik Göttingen soll ein Transplantationsmediziner in großem Stil Krankenakten manipuliert haben, um bestimmten Patienten bevorzugt eine Spenderleber zu verschaffen.

Studie: viele Menschen im Job unterfordert

Stuttgart (dpa/nd). Nach einer Studie sind viele Menschen an Arbeitsplätzen eingesetzt, für die sie überqualifiziert sind. Fast jeder fünfte Arbeitnehmer (17,6 Prozent) mit Hochschulstudium oder abgeschlossener Berufsausbildung sei unterfordert, heißt es in einer von der IG Metall Baden-Württemberg in Auftrag gegebenen Untersuchung der Universität Stuttgart Hohenheim. »Da liegt ein Potenzial brach, mit dem ein großer Teil der Facharbeiterlücke geschlossen werden könnte«, so Baden-Württembergs IG-Metall-Betriebsleiter Jörg Hofmann am Montag.

Laut Ralf Rukwid von der Universität Hohenheim sind 10,8 Prozent der untersuchten Arbeitnehmergruppe stark und 6,8 Prozent leicht bis mittel überqualifiziert. In Ostdeutschland ist das Risiko eines der Qualifikation nicht angemessenen Arbeitsplatzes etwas stärker ausgeprägt (18,7 Prozent) als im Westen (17,4 Prozent).

Grüne mit neuer Geschäftsführerin

Berlin (Agenturen/nd). Die Juristin Emily Büning wird zum 1. August neue Bundesgeschäftsführerin der Grünen. Das beschloss der Bundesvorstand am Montag, wie das Gremium mitteilte. Büning tritt die Nachfolge der langjährigen Geschäftsführerin Dorothea Staiger an, die aus privaten Gründen nach Bremen wechselt. Anders als die Politische Bundesgeschäftsführerin Steffi Lemke ist Büning für organisatorische Fragen zuständig. Zwischen Lemke und Grünen-Parteichefin Claudia Roth war es wegen der Neubestetzung vor kurzem zu einem Krach gekommen.

GDL-Chef sieht Willen zur Einigung

Berlin (dpa/nd). In den Tarifverhandlungen für die Lokführer in Deutschland hält Claus Weselsky eine Einigung für möglich. Der Vorsitzende der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) sagte MDR Info, er verspüre auf der Seite der Arbeitgeber den Willen, sich zu einigen. Es scheine möglich, einen Kompromiss zu finden und sich auf eine Erhöhung der Gehälter zu verständigen, sagte Weselsky. Die Gespräche sollten am Montagmittag in Berlin fortgesetzt werden. Für den Fall eines Scheiterns hatte die GDL mit Warnstreiks zur Urlaubszeit gedroht. Die Gewerkschaft fordert für die 21 500 Lokführer sieben Prozent mehr Geld bei einer Laufzeit von einem Jahr.

Nordrhein-Westfalen fordert Kompensation für Öko-Strom

Kritik an Klagedrohung Bayerns gegen Länderfinanzausgleich / Leutheusser-Schnarrenberger verteidigt Vorgehen

Mehrere Länder wehren sich gegen die Absicht Bayerns, seine Zahlungen in den Länderfinanzausgleich zu reduzieren. Nordrhein-Westfalen versucht nun, den Spieß umzudrehen.

Berlin (Agenturen/nd). Das größte Bundesland fordert als Reaktion auf die angekündigte Klage Bayerns gegen den Länderfinanzausgleich einen neuen Finanzausgleich für Öko-Strom. Allein 2011 hätten die Stromkunden in Nordrhein-Westfalen für den bundesweiten Ausbau der erneuerbaren Energien unter dem Strich 2,25 Milliarden Euro gezahlt hätten – mehr als alle anderen Bundesländer zusammen, so Landwirtschaftsminister Garrelt Duin (SPD) am Montag.

»Es kann nicht sein, dass die

Haushalte in NRW die Flut der Solaranlagen auf den bayerischen Dächern fast alleine bezahlen müssen«, sagte Duin der »Rheinischen Post«. Bayern ist dem Bericht zufolge der größte Netto-Gewinner der sogenannten EEG-Umlage, durch die das Subventionsgeld für Solar- und Windstrom eingesammelt und verteilt wird. Nach Süddeutschland flossen demnach 2011 netto 1,1 Milliarden Euro aus dem EEG-System.

Die bayerische Regierung hatte vergangene Woche eine Klage gegen den Länderfinanzausgleich beschlossen. Bayern als größtes Geberland will damit seine Zahlungen in das Solidarsystem reduzieren. Der Ausgleich soll durch Finanzhilfen reicherer Bundesländer an ärmere Länder helfen,

in ganz Deutschland vergleichbare Lebensbedingungen zu sichern. Der Freistaat zahlte vergangenes Jahr mit rund 3,7 Milliarden Euro mehr als die Hälfte in den Topf.

Der Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern, Erwin Sellering (SPD), übte Kritik an der Ankündigung der Staatsregierung, vor das Bundesverfassungsgericht zu ziehen. »Horst Seehofer macht mit diesem Thema Wahlkampf und das finde ich schade«, sagte Sellering der »SuperIllu« an die Adresse des bayerischen Ministerpräsidenten. Ohne den Finanzausgleich fehle Geld etwa für Familienpolitik oder Lehrer, mahnte er. Auch bei Sachsen-Anhalts Finanzminister Jens Bullerjahn (SPD) stieß die Klagedrohung auf Ablehnung.

Das Nehmerland Niedersachsen sieht derzeit keine Notwendigkeit, den Finanzausgleich neu zu verhandeln. »Wir haben dieses Thema im Kreis der Ministerpräsidenten mehrfach ergebnislos diskutiert«, sagte Regierungschef David McAllister (CDU) im ZDF. »Wir sollten erst mal abwarten, ob tatsächlich Klage erhoben wird.«

Bereits der Ost-Beauftragte der Bundesregierung, Christoph Bergner (CDU), kritisierte das Vorgehen Seehofers. »Die Länder brauchen Planungssicherheit«, sagte er im »Deutschlandfunk«. Zudem habe Bayern seinerzeit den bis 2019 befristeten Transferzahlungen aus dem Finanzausgleich und dem Solidarpakt zugestimmt. Am Wochenende hatte auch das Geberland Hessen den Druck

auf die ärmeren Länder erhöht. Hessens Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU) stellte eine Klage in Aussicht für den Fall, dass es bis Anfang 2013 zu keiner Verständigung kommen sollte.

Die bayerische FDP-Vorsitzende und Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger forderte die Nehmerländer unterdessen zur Kompromissbereitschaft auf. Sie verteidigte am Montag die Entscheidung, vor Gericht zu ziehen. »Jeder weiß, es geht nicht darum, den Länderfinanzausgleich abzuschaffen, sondern die Ausrichtung, die jetzt eine übermäßige Belastung beinhaltet für einige wenige, zu korrigieren.« Gerade die FDP habe sich dafür eingesetzt, die Klage einzureichen. *Kommentar Seite 4*